

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis für Post und Stadt frei liegend. Ortsbezug wöchentlich, Postbezug monatlich. Nachfordern vorbehalten. Erscheinung zweifach wöchentlich. Einzelnummer 120 000 M., Sonntags 150 000 M. Postfach-Nr. 10. Postamt Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Kaiserstraße 4; Briefstelle: Gottardstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird f. Gemäß geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Baltz

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 207.

Dienstag, den 4. September 1923.

163. Jahrgang.

Furchtbare Verheerungen in Japan.

200 000 Menschen umgekommen. — Städte und Dörfer in Trümmer.

Das Arsenal von Tokio in die Luft geschoßen.

London, 4. September. Zu der Erdbebenkatastrophe in Japan wird weiter berichtet: Eine Reihe von Zulaufen ist in lebhafter Tätigkeit. Seitern um 1 Uhr erfolgten in Yokohama mehrere weitere Erdbeben. Verschiedene Städte sind, wie berichtet wird, teilweise oder fast vollkommen vom Erdboden verschwunden oder durch Feuerbrünste zerstört. Die letzten Verlustschätzungen geben die Zahl der Toten in Tokio und Yokohama auf 200 000 an.

Tokio brennt noch immer. Der hier angerichtete Schaden ist so groß, daß die Regierung zeitweilig nach Osaka übersiedeln dürfte. Die Erdbeben in Tokio und anderen Städten sind ohne Nachkommenschaft. An der Küste wurden durch die das Erdbeben begleitenden Sturmfluten große Verheerungen angerichtet. Städte wurden weggewaschen und Inseln überflutet. Die heftige Aufregung ist verstanden. Alle Versuche um die Rückkehr von Tokio sind unbrauchbar geworden. Infolgedessen ist auch die Schiffahrt sehr gefährdet. Die Stadt Nagasaki, 130 km südöstlich von Tokio, die 130 000 Einwohner zählte und kaiserliche Residenz war, ist nur noch ein Trümmerhaufen.

Das Arsenal in Tokio ging in die Luft, wobei mehrere Tausende umkamen. Die Stadt Atami wurde zerstört, wodurch 7000 Menschen getötet wurden. Die Stadt Tokio wurde durch eine Sprengung hinweggerafft. Bei Sakai ist ein Tunnel zusammengebrochen, wobei 600 Personen getötet wurden.

Mit jeder neuen Nachricht aus Japan enthüllt sich ein schreckliches Bild der Folgen, die das große Erd- und Seebeben über das Land und besonders über die Uferstädte Tokio und Yokohama gebracht hat. In Tokio spielten sich herzerregende Szenen ab, da das Erdbeben und der ihm folgende Meeresbrand die Bevölkerung wie aus beitem Himmel übercastete. Tausende kamen in den

Flammen um. Die Straßen sind mit Toten übersät. Das Flammmeer breitet sich ungehindert aus, weil in der allgemeinen Kopflosigkeit kein Mensch an Völkchen dachte. Das Feuer hat einen großen Teil der Stadt zerstört. Den Flammen sind u. a. zum Opfer gefallen das Arsenal, der kaiserliche Palast und der Hauptbahnhof. Während des Erdbebens wurden viele Eisenbahnzüge aus den Schienen geschleudert. Die Regierung hat den Kriegszustand über das Land verhängt.

In Yokohama brach das Feuer im Hafenviertel aus und zerstörte den größten Teil der Stadt. Bei dem ersten Erdbeben schon sanken im Hafen viele Schiffe. Bei den am Fuße des Fujiyama liegenden kleinen Ortschaften ist die größte Anzahl vollkommen zerstört; auch hier sind tausende von Menschenleben zu beklagen. Ein drahtloses Telegramm aus Funabashi berichtet von schrecklichen Szenen in dieser Stadt, wo die Hafengebäude und Hospitäler niederbrannten. Inzwischen hat sich eine Pflanzstation eingestürzt. In Osaka sind Schiffe mit Lebensmitteln usw. nach Tokio unterwegs und die in Nagasaki liegende Flottenflotte schifft sich an, flüchtend mit Hilfsmaterial nach Tokio zu entenden. Die Regierung hat außerdem durch einen drahtlosen Rundfunk die gesamte Kriegsstärke zur Hilfeleistung herbeigerufen. Wie gemeldet wird, hat der Präsident der Vereinigten Staaten auch die im Port Arthur liegende amerikanische Flotte zur Hilfeleistung nach Yokohama beordert.

Wo ist Dr. Solff?

Am ostlicher Stelle sind direkte Mitteilungen über die Erdbebenkatastrophe in Japan nicht vor. Auf Grund der privaten Meldungen hat Staatssekretär von Wapello an den Berliner japanischen Gesandten das Beileid der deutschen Regierung ausgesprochen. Ueber das Schicksal der deutschen Botschaft und besonders über das Verbleiben des Dr. Solff sind gleichfalls Meldungen noch nicht eingetroffen. Von amerikanischer Seite wird berichtet, daß alle Schiffe von Japan nach dem Osten nicht funktionieren, also wahrscheinlich durch das Erdbeben zerstört worden sind.

Verdärkung im italienisch-griechischen Konflikt.

England verlangt eine Völkerbundsintervention.

London, 3. September. Der erste Regierungsoffizier Lord Curzon nach seiner Rückkehr hierher war eine leise geographische Lokalisierung der englischen Vertreter im Völkerbund, Lord Robert Cecil, eine Intervention des Völkerbundes in der italienisch-griechischen Krise unter allen Umständen herbeizuführen. Man hofft hier allgemein, daß eine derartige Intervention trotz der bis herigen Weigerung Italiens, sich einem Spruch des Völkerbundes zu unterwerfen, erfolgreich sein wird. Viel hängt dabei von der Haltung Frankreichs ab. Wenn Frankreich und England zulassen die Intervention des Völkerbundes dessen, erwartet man ein Nachgeben Italiens.

Deute Vormittag berief Lord Curzon den italienischen Botschafter zu sich ins Außenministerium, wo er mit ihm eine Konferenz von über einer Stunde Dauer hatte. Wie verlautet, soll der italienische Botschafter in dieser Unterredung den Einwand gegen die beabsichtigte Völkerbundsintervention im italienisch-griechischen Konflikt erhoben haben, daß nach italienischer Auffassung der Völkerbund Schiedsverträge lediglich in Streitfragen kommerzieller und wirtschaftlicher Natur fällen könne, nicht aber in solchen, die die Ehre einer Nation angehen.

Stürmische Kundgebungen in Athen.

Athen, 4. September. Nach der Trauerfeierlichkeit zu Ehren der Opfer von Korfu in der Kathedrale hat gestern eine große Volksmenge mit Bannern eine stürmische Kundgebung in Athen veranstaltet. Eine italienische Fahne wurde verbrannt. Die Menge verdrängte in die italienische Botschaft eintrudeln. Innerhalb der griechischen Regierung ist eine gewisse Einheitsfront zustande gekommen. Angesichts des Kon-

fliktes mit Italien habe Jannis seiner Versicherung an den Staatswahlen und zur Übernahme der Leitung einer Partei zugestimmt, welche „Partei des nationalen Widerstandes“ genannt werden soll.

Die griechische Flotte ist im Ionischen Meer, nahe von Athen, konzentriert. Sie wird am 1. Tage dort verbleiben, bis bekannt sein wird, welche Aktion die Alliierten gegen Italien unternehmen werden.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist der griechische Dampfer „Panis Konstantin“ von einem italienischen U-Boot an der griechischen Küste beschossen worden.

Die italienischen Demonstrationen

in ganz Griechenland mehren sich in beängstigender Weise, so besonders nach dem Bekanntwerden von der

Befehung der beiden kleinen Inseln Paros und Antiparos durch Italiener. Italien behauptet, daß in Tanca gegen das italienische Konsulat eine bedrohliche Kundgebung stattfand. Das Konsulatspersonal befindet sich in Gefahr. Die italienische Botschaft und der italienische Name ist beleidigt worden, ohne daß die griechische Polizei eingeführt sei. Von griechischer Seite liegt eine Bestätigung dieser Nachricht nicht vor. Dagegen wird aus Saloniki gemeldet, daß dort große Kundgebungen stattfinden. Die Hafenarbeiter lehnen es ab, italienische Schiffe zu entladen. Bei einer großen Versammlung wurde eine Resolution angenommen, worin gegen das Bombardement von Korfu protestiert wird, weil durch dieses griechische und armenische Flüchtlinge getroffen wurden.

Mussolini hatte gestern eine lange Botschaft mit den Italienern in Athen in Rom. In der Botschaft liegen keine Mitteilungen vor, man glaubt nur, daß die Unterredung nicht allein sich auf die Frage des Bombardements von Korfu, sondern auch auf den Konflikt mit Griechenland bezog, und daß

Betriebsstilllegungen.

Bereits vor Jahren ist verurteilt worden, daß großartige Verheerungen zur Herabsetzung der öffentlichen Finanzen und anderer Wägungen zu umfangreichen Betriebsstilllegungen und -Einsparungen führen müßten. Die Steuererträge vom 10. August bildeten den Auftakt zu einem großen Reformwerk zu dessen Durchführung sich ein Vertrauenstands des deutschen Unternehmertums und ein Vertreter der Arbeitnehmer-Interessen zusammengedungen haben. Die Arbeitslosigkeit hat in Deutschland in den letzten Wochen furchtbare — aber nicht unerwartete — Fortschritte gemacht. In einer Reihe von Industrien und Industriezweigen wird nur noch vier oder drei Tage in der Woche gearbeitet. Die Arbeitsbedingungen sind bis dicht an den Rand der Arbeitslosigkeit herangedrückt, haben sich in manchen Fällen schon schon überstiegen. In großen Wirtschaftszweigen und in weiten Industriezweigen wird ernstlich der Gedanke erwogen, eine allgemeine Betriebsstilllegung durchzuführen, die man sich mit der Arbeitslosigkeit über grundständig neue Arbeits- und Lohnbedingungen geeinigt habe. Wer die wirtschaftliche Tätigkeit als den Kernpunkt des Problems ansieht, wird seine Taktik nicht nur danach bestimmen, wie der Wirtschaftszweig möglichst lange erhalten werden könne, sondern auch danach, wie unter Volkswirtschaftlich und sozial über die freizubehaltenen Arbeitsbedingungen sein. Andererseits müssen aber auch die Arbeitnehmer Verständnis für die Lage zu gewinnen suchen und danach ihr praktisches Verhalten einrichten.

In den letzten Wochen hat man sehr häufig gehört, daß ein Unternehmer bzw. der verantwortliche Leiter den Betriebsrat einberufen und ihm die kritische Lage des Unternehmens auseinandergesetzt habe. An diese Ausführungen ist dann die Aufforderung geknüpft worden, Einsicht in die bisherige Lage zu lassen und sich von der Nichtigkeit der wirtschaftlichen Stilllegungen abzuwenden. Der Betriebsrat habe dann durch Delegierte die Nichtigkeit der gemachten Erfahrungen nachprüfen lassen und eingewilligt, bei der Belegschaft für die Ermäßigung der geforderten Löhne einzutreten, damit nicht das allein Arbeit und Brot gegen Werk zugrundegehe. Mander Betriebsleiter hat die Möglichkeit, sich mit der Arbeitslosigkeit über Lebensfragen des Unternehmens zu verständigen, darüber gesprochen und sich nachträglich mit der Einwirkung der Betriebsräte ausgesöhnt. So aber radikale Elemente die Leitung des Betriebes an sich gerissen hätten, sind die Vorstellungen des Unternehmers bzw. Direktors erfolglos geblieben.

Unter dem Vorzeichen der Lebenshaltung der Massen betrachte auch nicht mehr die geringe Einschränkung, haben radikale Forderungen gestellt und aufrechterhalten, von denen sie genau wußten, daß sie für das Unternehmen verheerend wirken würden. Ihnen waren die Forderungen der Belegschaft nichts anderes als ein Mittel, um die Werke zu ruinieren und die Not in den Massen auf die Spitze zu treiben. Sie wußten ganz genau, daß Not zu wirtschaftlicher Enten anpornt, und daß ihre politischen Instanzwünsche in Erfüllung gehen würden, wenn erst einmal Millionen hungernde Arbeitsloser die Straße bevölkern. Läßt man den Dingen freien Lauf, so muß sich der Wirtschaftsstand in der Lage befinden und der arbeitenden Massen fortgesetzt zu ruinieren. Nach der alle Betriebsstilllegungen und Betriebsstilllegungen einen Mißerfolg annehmen können, müssen sich die Betriebsräte der Unternehmer und der Arbeiter an den Beratungen beteiligen und feststellen, was zur Abwendung der allein gemeinsam drohenden Gefahr beitragen muß. Dabei dürfen die Unternehmer vorwiegend die Opfer sein, aber auch die Arbeiter vor Preisgabe wertvoller „Erzugnissen“ nicht zurückstehen.

Mussolini wissen wollte, welche Haltung Südslavien einnehmen werde.

Griechenland sucht Verbündete.

Paris, 3. September. Wie aus Belgrad gemeldet wird, hatte der griechische Gesandte in Belgrad eine lange Unterredung mit dem Stellvertreter des Außenministers. Wie es heißt, soll Griechenland Jugoslawien nicht nur eine politische Unterstützung ersucht, sondern auch eine militärischen Beistand gefordert haben. Der Vertreter der jugoslawischen Regierung bestränkte sich auf die Mitteilung, daß der Ministerpräsident und der Außenminister abwesend seien und daß er insofern nicht die griechischen Darlegungen nur zur Kenntnis nehmen könne.

Die Aktion Italiens gegen Griechenland hat in Jugoslawien große Besorgnis ausgelöst. Südslavien hofft, daß wenn Italien auf die Bedingungen des Vertrages von Rapallo, nach denen Südslavien sich selbständigen Staat erheben werden soll, nicht einginge, Mussolini sich dem Schicksal der Schwyz unterwerfen werde. Rumänien habe es den Anschein, daß der italienische Ministerpräsident

